



Eingang:

Frankfurt am Main, 27. Oktober 2008

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Keine weiteren PPP-Projekte in Frankfurt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für Investitionen in Infrastruktur oder andere öffentliche Vorhaben werden keine weiteren PPP-Projekte durch die Stadt Frankfurt am Main durchgeführt.

Begründung:

Die Auseinandersetzung mit den bereits in Frankfurt durchgeführten PPP- Projekten (Öffentlich Private Partnerschaft) hat gezeigt, dass die Wirtschaftlichkeit dieser Projekte heftig umstritten ist. Selbst das städt. Revisionsamt hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die von der Kämmererei berechneten Einsparungen nicht realistisch und viele Fragen völlig ungeklärt sind.

Wie jetzt im Rahmen der Finanzkrise offenbar wird, haben sich viele Kommunen durch Cross- Border- Geschäfte in den Ruin getrieben (in Frankfurt wurde durch die LINKE und Attac glücklicherweise der öffentliche Druck so groß, dass der U- Bahn- Verkauf als Cross- Border- Leasing-Projekt nicht zustande kam).

Die Risiken der PPP- Verträge sehen wir durchaus in einem ähnlichen Kontext wie seinerzeit die Cross-Border-Leasing-Projekte. Auch hier handeln die Regierungsparteien über die „unwissenden“ Köpfe der meisten Stadtverordneten Projekte aus, die jahrzehntelang die Stadt verpflichtet, Zahlungen zu leisten, ohne eine Garantie zu haben, ob die bezahlten Leistungen über die Dauer der Laufzeit überhaupt erbracht werden. Auch hier unterwerfen sich die handelnden Akteure der Schweigepflicht, zum Nachteil jeglicher parlamentarischer Kontrolle. Tausende Seiten von Verträgen und Geheimgesprächen unterlaufen jegliche parlamentarische Einflussmöglichkeit, zumal der „einfache“

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 1

Stadtverordnete dem Wissens- und Argumentationsvorsprung der „Kenner der Materie“ völlig ausgeliefert ist.

Auch das Risiko, dass die Stadt eingeht, indem sie den Kreditverkäufen zustimmt, (wie erst vor kurzem geschehen) ist immens und wurde den Stadtverordneten in keiner Weise in aller Konsequenz vor Augen geführt.

Die Stadt Frankfurt hat vor kurzem veröffentlicht, dass sie über 1,1 Mrd. € Guthaben bei verschiedenen Banken angelegt hat. Es ist den Bürgern daher nicht zu vermitteln, dass sie z.B. für das PPP- Projekt „**4 Schulen**“ über die Laufzeit von Jahrzehnten das Dreifache der Summe bezahlen wird, als wenn sie das Geld bar auf den Tisch gelegt hätte. Stattdessen sind die PPP- Projekte das beste Beispiel dafür, wie nachhaltige Politik nicht aussehen darf.

DIE LINKE. im Römer

Lothar Reininger
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerin / Antragsteller:

Stv. Zehra Ayyildiz
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner
Stv. Udo Mack
Stv. Lothar Reininger
Stv. Carmen Thiele
Stv. Hans-Joachim Viehl